

Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Ausschussbetreuender Fachbereich Jugend und Soziales	Datum 16.03.2004
	Schriftführerin Sabine Biesenbach
	Telefon-Nr. 02202/142847
Niederschrift	
	Sitzung am Donnerstag, 11. März 2004
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:08 Uhr – 19:52 Uhr
	Unterbrechungen: keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A Öffentlicher Teil

- 1. Genehmigung der Niederschrift im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**
- 2. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 11.02.2004 im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-
111/2004**
- 3. Mitteilungen der Vorsitzenden im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**
- 4. Mitteilungen der Bürgermeisterin im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**
- 5. Erfahrungsbericht über die Arbeit der gemeinsamen Anlaufstelle mit der Agentur für Arbeit
115/2004**
- 6. Jahresbericht zur Unterbringungssituation in städt. Unterkünften
88/2004**
- 7. Anfragen der Ausschussmitglieder im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**

B Nichtöffentlicher Teil

- 1. Genehmigung der Niederschrift im Bereich Soziales -nichtöffentlicher Teil-**
- 2. Mitteilungen der Vorsitzenden im Bereich Soziales -nichtöffentlicher Teil-**
- 3. Mitteilungen der Bürgermeisterin im Bereich Soziales -nichtöffentlicher Teil-**
- 4. Anfragen der Ausschussmitglieder im Bereich Soziales -nichtöffentlicher Teil-**

Bereich Soziales

A Öffentlicher Teil

Aufgrund der anwesenden Besucher beschließt der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) im Anschluss an die Beratung des öffentlichen Teils des Bereichs Jugend unmittelbar den öffentlichen Teil des Bereichs Soziales zu beraten.

Frau Bendig eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) – Bereich Soziales um 18:52 Uhr.

1 Genehmigung der Niederschrift im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

@-> Die Niederschrift der Sitzung vom 11.02.2004 wird in der vorgelegten Fassung genehmigt.

2 <-@ Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 11.02.2004 im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

@-> Der Durchführungsbericht wird zur Kenntnis genommen.

3 <-@ Mitteilungen der Vorsitzenden im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

@-> Mitteilungen der Vorsitzenden liegen nicht vor.

4 <-@ Mitteilungen der Bürgermeisterin im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

@-> Herr Hastrich verweist auf die als Tischvorlage verteilte Mitteilungsvorlage mit der Drucksachen-Nr. 141a/2004, die dem Hauptausschuss als zuständigem Fachausschuss zur Sitzung am 16.03.2004 vorgelegt wird. Gegenstand der Vorlage ist der Bericht aus der Sitzung des Ausländerbeirates vom 03.02.2004.

Herr Schnöring fragt, ob die in der Vorlage genannten Beschlussempfehlungen, die der Ausländerbeirat an den Rat gerichtet hat, Gegenstand der nächsten Ratssitzung sein werden.

Herr Hastrich führt aus, dass neben der vorliegenden Mitteilungsvorlage eine diesbezügliche Beschlussvorlage existiert, die zunächst am 16.03.2004 im Hauptausschuss beraten wird und am 25.03.2004 Gegenstand der Ratssitzung ist.

5 <-@ Erfahrungsbericht über die Arbeit der gemeinsamen Anlaufstelle mit der Agentur für Arbeit

@-> Herr **Andreas Kuhlen** gibt einen ersten Erfahrungsbericht über die Arbeit des Servi-

cebüros Arbeit und Soziales. Das Servicebüro wurde im Januar 2004 eröffnet und ist ein Kooperationsprojekt zwischen der Stadt Bergisch Gladbach und der Agentur für Arbeit Bergisch Gladbach.

Das Angebot richtet sich an arbeitslose jugendliche Sozialhilfeempfänger. Es zielt darauf, Leistungen an jugendliche Sozialhilfeempfänger, für die vorher mehrere Ämter und Behörden aufzusuchen waren, an einer Stelle zusammen zu führen. Das neuartige Angebot stellt eine Serviceleistung an die Kundinnen und Kunden dar. Es ermöglicht zugleich eine Hilfeplanung, an der alle Leistungserbringer und die/der Leistungsbezieher/in beteiligt sind. Durch die Unterbringung im Gebäude der Agentur für Arbeit Bergisch Gladbach ist auch ein kurzer Weg zur dortigen Berufsberatung und Leistungsabteilung gegeben.

Die Dokumentation des PowerPoint-Vortrags ist dieser Niederschrift als Anlage 5 beigelegt.

Herr Dr. Kassner fragt nach, wie die Leistungen finanziert werden, die die Servicestelle erbringt.

Herr Dekker erläutert, dass sich die Leistungserbringung lediglich vom Sozialamt im Stadthaus in die Servicestelle verlagert hat. Hiermit wird der Lebensunterhalt der Jugendlichen sichergestellt. Ergänzende Mittel für weitere Maßnahmen, an denen die Jugendlichen teilnehmen, werden durch das *jump plus*-Programm beigesteuert. Beispielsweise erhalten Jugendliche, die an der Qualifizierungsmaßnahme *B.O.J.E.* (Berufliche Orientierung junger Erwachsener) teilnehmen, als „Motivationsgeld“ zusätzlich zur Hilfe zum Lebensunterhalt monatlich 200 € aus diesem Programm.

Herr Hastrich ergänzt, dass die Leistungsverlagerung in die Servicestelle für die Stadt profitabel ist. Eine Vermittlung von elf jugendlichen Sozialhilfeempfängern entlastet den städtischen Haushalt um jährlich rd. 60.000 €.

Auf Nachfrage von Frau Münzer bestätigt Herr Kuhlen, dass Kooperationen mit anderen Einrichtungen und freien Trägern, wie z.B. der AWO Jugendwerkstatt, der Schuldnerberatung, dem Netzwerk Wohnungsnot wichtig sind. Zum Teil bestehen sie bereits oder sind beabsichtigt.

Herr Hoffstadt hält die Konzentration von Kompetenzen an einer Stelle für sinnvoll. Er fragt nach, wie viele junge Menschen unter 25 Jahren in Bergisch Gladbach derzeit arbeitslos sind und wie deren Chancen auf dem Arbeitsmarkt eingeschätzt werden.

Herr Kuhlen antwortet, dass durch die Servicestelle lediglich jugendliche arbeitslose Sozialhilfeempfänger betreut werden, deren Zahl er mit rd. 220 angibt. Das größte Problem sieht er in fehlenden schulischen Abschlüssen, Alkohol- und Suchtproblematiken und in der daraus resultierenden Schwierigkeit, sich selbst zu „vermarkten“. Dennoch sind Arbeitgeber bereit, Jugendlichen mit diesem Hintergrund eine Chance zu geben, wenn ihnen über das *jump plus*-Programm Lohnkostenzuschüsse gezahlt werden.

Herr Hoffstadt fragt, ob nach den bisherigen Erfahrungen der Servicestelle unterhalb des ersten Arbeitsmarktes ein System erforderlich ist, dass Jugendlichen eine sinnvolle Beschäftigung ermöglicht.

Herr Kuhlen erwidert, dass das Bundessozialhilfegesetz vorsieht, arbeitsfähige Sozialhilfebezieher zu gemeinnützigen Arbeiten heranzuziehen. Nach seiner Einschätzung sollten alle Bemühungen darauf zielen, die Jugendlichen in eine Tätigkeit auf dem ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln.

Auf Nachfrage von Frau Schöttler-Fuchs bestätigt Herr Kuhlen, dass Teilnehmer an einer Qualifizierungsmaßnahme ein ausführliches Zertifikat erhalten.

Herr Köchling erkundigt sich, wie freie Träger und politisch Verantwortliche die Arbeit der Servicestelle unterstützen können.

Nach Ansicht von Herrn Kuhlen besteht Anlass zur Sorge, sofern das *jump plus*-Programm nicht über den 31.12.2004 hinaus verlängert wird oder ein langfristig angelegtes Nachfolgeprogramm aufgelegt wird. Hier wünscht er sich Unterstützung durch die Politik.

Herr Hölzl, der als Vorsitzender der AG 78 als Gast an den Sitzungen des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) teilnimmt, bittet darum einen Redebeitrag leisten zu dürfen. Nachdem die Ausschussmitglieder hiergegen keine Einwendungen erheben, erteilt die Vorsitzende ihm das Wort.

Herr Hölzl fragt, ob nach erfolgreicher Vermittlung in eine Ausbildungsstelle eine Weiterbetreuung durch die Servicestelle erfolgen kann. Dies würde die Integrationsphase erfahrungsgemäß positiv beeinflussen und zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt beitragen.

Herr Kuhlen bestätigt, dass die vermittelten Jugendlichen das Angebot mitnehmen, dass ihre Ansprechpartner der Servicestelle auch weiterhin beratend zur Verfügung stehen. Darüber hinaus wird dies auch den Arbeitgebern zugesagt.

Frau Bendig dankt Herrn Kuhlen für seinen Vortrag und seine Bereitschaft, Fragen der Ausschussmitglieder zu beantworten.

<-@

6

Jahresbericht zur Unterbringungssituation in städt. Unterkünften

@->

Herr Hastrich verweist zunächst auf die Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion vom 01.03.2004 zur städtischen Unterkunft *Hoppersheider Busch*, die als Tischvorlage verteilt wurde. Die Anfrage und die Beantwortung hierzu sind dieser Niederschrift als Anlage 6 beigelegt.

Weiterhin verweist Herr Hastrich auf die Mitteilungsvorlage sowie den ebenfalls als Tischvorlage verteilten Stadtplan der Stadt Bergisch Gladbach, in dem die über das Stadtgebiet verteilten Standorte und die Art der städtischen Unterkünfte farblich markiert sind.

Herr Schnöring bedauert, dass nach wie vor in der Verwaltung weibliches Fachpersonal zur Betreuung der Bewohner in städtischen Unterkünften fehlt. Besorgnis erregend empfindet er die Aussage, dass von einer zunehmenden Zahl von Zwangsräumungen aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Lage auszugehen ist. Herr Schnöring erkundigt sich, wann mit der angekündigten Neubaumaßnahme zur Lösung des Un-

terbringungsproblems gerechnet werden kann.

Herr Hastrich antwortet, dass sofort eine halbe Stelle mit weiblichem Fachpersonal besetzt werden könnte, sofern es eine interne Bewerberin gäbe. Auch über den Weg der Zielvereinbarung in der Migrationsarbeit und im Bereich der Wohnungslosenhilfe wird im Zusammenspiel mit den Verbänden versucht, zu einer Lösung des Problems zu kommen.

Auch das angesprochene Problem, weitere Unterkünfte anbieten zu können, wird verfolgt. Einerseits ist ein geeigneter Standort zu finden und andererseits besteht die Verpflichtung im Rahmen des Haushaltssicherungskonzepts einen Finanzierungsweg zu finden.

Frau Münzer zeigt sich besorgt über die Wohnungssituation der Menschen in städtischen Unterkünften. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Größenordnung der bestehenden Aufnahmeverpflichtung der Stadt. Auch unter diesem Gesichtspunkt reicht das vorhandene Betreuungspersonal nicht aus, da gerade Neuankömmlinge besonders intensiver Betreuungsarbeit bedürfen, um sich in der für sie neuen Stadt zurecht zu finden. Frau Münzer regt an, über den Einsatz von geeigneten Jahrespraktikantinnen nachzudenken.

Herr Schnöring verlässt die Sitzung um 19:34 Uhr.

Herr Kotulla bestätigt, dass es schwierig ist, sowohl das räumliche Unterbringungsproblem als auch das Betreuungsproblem zu lösen. Auch für diesen Bereich ist es nicht möglich, Neueinstellungen vorzunehmen. Das gilt auch für die Einstellung von Jahrespraktikantinnen. Neben der immer dramatischer werdenden finanziellen Situation der Stadt ist zu beobachten, dass auch die Erstattung der Unterbringungs- und Betreuungskosten seitens des Bundes und des Landes regelrecht zusammengebrochen ist.

Herr Hastrich führt aus, dass die Betreuungsarbeit dennoch hinreichend gut bewältigt wird, ist den erfahrenen und engagierten städtischen Mitarbeitern sowie den ehrenamtlich Tätigen zu verdanken.

Um die Unterbringungssituation zu verbessern sollen Räume in bestehenden Unterkünften wieder nutzungsfähig gemacht werden, um im Bedarfsfall Hilfesuchenden wieder zur Verfügung gestellt werden zu können.

Frau Münzer regt im Hinblick auf die ehrenamtlich tätigen Betreuer an, in den Unterkünften jeweils einen Betreuungsraum zu schaffen, in den sich der Betreuer mit Hilfesuchenden im Beratungsfall zurückziehen kann. Insbesondere wenn Unterkünfte bis an die Kapazitätsgrenze belegt sind, sind Spannungen zwischen den Bewohnern besonders häufig und der Betreuungsaufwand hoch.

<-@

7

Anfragen der Ausschussmitglieder im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

@->

7.1. Beratungsinstitutionen in Bergisch Gladbach

Frau Dehler berichtet, dass die Ev. Sozialberatungsstelle kürzlich ihr 10-jähriges Bestehen gefeiert hat und weist darauf hin, dass sie sich durch Spenden und Zuschüsse der Ev. Kirche finanziert. Sie erhält keine städtischen Zuschüsse. Frau Dehler bittet um Auskunft, ob weitere vergleichbare Institutionen

in der Stadt Bergisch Gladbach vorhanden sind.

Herr Kotulla sagt eine schriftliche Beantwortung der Anfrage zu.

7.2. Mitmach-Coupon der *Arbeitsgemeinschaft Behindertenhilfe im Rheinisch-Bergischen Kreis*

Herr Gronemeyer macht auf den Mitmach-Coupon, einer Aktion der *Arbeitsgemeinschaft Behindertenhilfe im Rheinisch-Bergischen Kreis* aufmerksam. Der Coupon ist kürzlich in der Presse abgedruckt worden. Coupons liegen auch in den Bürgerbüros zum Ausfüllen bereit. Mit dem Coupon können Geschäfte, Praxen, Gaststätten, Freizeiteinrichtungen und öffentliche Gebäude als für Menschen mit Behinderungen empfehlenswert nominiert werden. Die drei Meistgenannten jeder Kategorie werden am 08.05.2004, dem Aktionstag der *AG Behindertenhilfe*, geehrt. Unter allen Einsendern werden kleine Gewinne verlost. Der Einsendeschluss bei der Behindertenbeauftragten der Stadt Bergisch Gladbach, Frau Hildegard Allelein, ist auf den 31.03.2004 verlängert worden. Die Zusendung ist auch per Fax und e-mail möglich.

Frau Bendig schließt den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) – Bereich Soziales um 19:45 Uhr.

<-@